



HESSISCHER LANDTAG

21. 07. 2015

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen - weitere Erstaufnahmeeinrichtungen für Menschen, die bei uns Schutz suchen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen für eine Willkommens- und Anerkennungskultur steht. Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das Land und insbesondere seine Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Jahren eine große Solidarität und Menschlichkeit bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gezeigt. Flüchtlinge sollen in Hessen eine humane Lebensperspektive und Schutz finden. Der Landtag würdigt das große Engagement der Landkreise, Kommunen, kreisfreien Städte sowie der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sicherzustellen. Der Landtag spricht seinen Dank und Respekt gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung und der Regierungspräsidien für ihren engagierten Einsatz aus.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung weiterhin, die EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige wie etwa Menschen, die an den Folgen traumatischer Ereignisse leiden, aktiv umzusetzen. Der Unterstützungsbedarf soll möglichst bereits bei der Erstaufnahme geklärt werden. Der Landtag begrüßt außerdem die Absicht der Landesregierung, das Landesaufnahmegesetz zu evaluieren und zu novellieren.
3. Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei ihren vielfältigen Initiativen zur Verbesserung der Situation von Asylsuchenden in Hessen. Als Beispiele seien das Sprachprogramm InteA (Integration und Abschluss) für Jugendliche ab 16 Jahren, der Führerscheinwerb mit Aufenthaltsgestattung, die Erhöhung der Pauschalen für die Gebietskörperschaften zum 1. Januar 2015 um mehr als 15 % sowie der aktive Dialog mit den Gebietskörperschaften - auch über die Angemessenheit der Pauschalen - und mit weiteren Akteuren genannt. Asylsuchende sollen am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilhaben und sich integrieren können sowie möglichst frühzeitig in die Lage versetzt werden, ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich zu gestalten.
4. Der Landtag dankt der Landesregierung, den Regierungspräsidien sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das große Engagement, mit dem daran gearbeitet wird, die seit Ende 2012 stark steigende Zahl von Flüchtlingen angemessen in der Erstaufnahmeeinrichtung unterzubringen. In der Einrichtung in Gießen wurden zusätzliche Gebäude in Betrieb genommen und Menschen in Außenstellen untergebracht. Bereits im Rahmen des im September 2014 vorgestellten Maßnahmenpaketes Asyl hat die Landesregierung angekündigt, weitere Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen. In verhältnismäßig kurzer Zeit konnten mit den Liegenschaften in Neustadt und Büdingen weitere 1.600 Plätze geschaffen werden, die dieses Jahr nach und nach belegt werden. Im Juni 2015 konnten 420 Menschen in Neustadt aufgenommen werden. Ganz aktuell ist die ehemalige Alheimer Kaserne in Rotenburg als neue weitere Erstaufnahmeeinrichtung mit nochmals rund 900 Plätzen in Planung. Zusätzliche Pläne gibt es für die Schaffung weiterer Plätze in der ehemaligen Bereitschaftspolizeikaserne in Kassel-Niederzwehren und im Katastrophenschutzlager in Wetzlar.
5. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrem Bestreben, Schutzsuchende so weit wie möglich in festen Unterkünften unterzubringen. In der aktuellen Ausnahmesituation, in der über 7.100 Menschen in den Erstaufnahmestellen untergebracht sind, ist es leider unumgänglich, Menschen vorübergehend auch in Zelten und Aufenthaltsräumen unterzubringen, um ihnen ein Obdach zu bieten.

6. Der Landtag stellt fest, dass die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden eine gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sind. Insbesondere auch für Fragen des Spracherwerbs und des Arbeitsmarktzugangs braucht es tragfähige gemeinsame Konzepte und ein größeres Engagement der Bundesebene. Der Landtag unterstützt den Einsatz der Landesregierung weiterhin, auf Bundesebene auf eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, auf ein nationales Konzept zum Spracherwerb und für Integrationsmaßnahmen sowie auf bessere Zugangsvoraussetzungen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt hinzuwirken. Der Landtag bittet die Landesregierung, dieses konstruktive Engagement zur Verbesserung der Situation der Schutzsuchenden fortzusetzen. Er begrüßt, dass der Bund sich künftig dauerhaft und strukturell mit eigenen Mitteln an dieser gemeinsamen Aufgabe beteiligen will.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. Juli 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)